

Die Woche im Bundestag



CDU/CSU Fraktion im
Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Stabile Rentenleistungen



In dieser Woche wurde das Vorhaben der Bundesregierung beraten, das Rentenniveau bis 2025 bei mindestens 48 Prozent festzuschreiben. Der Beitragssatz soll stabil bei höchstens 20 Prozent bleiben. Die

Untergrenze wird bei 18,6% festgeschrieben. Dafür sollen mit dem Gesetzentwurf jetzt die erforderlichen gesetzlichen Regelungen geschaffen und eine geeignete finanzielle Vorsorge getroffen werden.

Der jetzt zu beratende Gesetzentwurf beinhaltet außerdem folgende Punkte:

Verbesserte Erwerbsminderungsrente — Das Ende der Zurechnungszeit bei Erwerbsminderungsrenten wird für Rentenzugänge im Jahr 2019 in einem Schritt auf das vollendete 65. Lebensjahr und acht Monate verlängert und von 2020 bis 2031 schrittweise auf das vollendete 67. Lebensjahr verlängert. Entsprechendes gilt für die Renten wegen Todes. Die Verlängerung wird auch auf die Alterssicherung der Landwirte übertragen.

Verbesserte Kindererziehungszeiten — In Zukunft wird die Kindererziehungszeit für Mütter und Väter, die vor 1992 geborene Kinder erzogen haben, um weitere sechs Monate verlängert. Die Regelung entspricht grundsätzlich der Regelung, die 2014 mit der Ausweitung der Kindererziehungszeiten auf zwei Jahre erfolgte, allerdings mit einer gewissen Ausweitung etwa bei Adoptiveltern.

Entlastung von Geringverdienern — Personen, die in der bis-

her vom Gesetz so bezeichneten Gleitzone 450 Euro bis 850 Euro monatliches Arbeitsentgelt erzielen, werden schon nach geltendem Recht bei den Arbeitnehmerbeiträgen zur Sozialversicherung entlastet. Diese Zone soll auf 1300 Euro ausgeweitet werden.

Für die längerfristige Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung wurde die Rentenkommission eingesetzt, die bis Anfang des Jahres 2020 Vorschläge für die Zeit nach dem Jahr 2025 vorlegen wird.

Familien entlasten



Familien sollen in den nächsten Jahren steuerlich stark entlastet werden. Mit dem Entwurf dieses Gesetzes sowie mit der Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen soll die Steuerbelastung in den Jahren 2019 und 2020 um rund 9,8 Mrd. Euro sinken. Zu den einzelnen Maßnahmen gehört eine Erhöhung des Kindergeldes um zehn Euro

monatlich ab 1. Juli 2019. Außerdem werden die steuerlichen Kinderfreibeträge ab 1. Januar 2019 von derzeit 7.428 um 192 auf 7.620 Euro angehoben. Zum 1. Januar 2020 steigt der Kinderfreibetrag weiter um 192 Euro auf dann 7.812 Euro. Zur Sicherstellung der Freistellung des steuerlichen Existenzminimums wird der Grundfreibetrag (derzeit 9.000 Euro) erhöht. 2019 erfolgt eine Erhöhung um 168 Euro, 2020 um 240 Euro. Um den Effekt der "kalten Progression" auszugleichen, werden außerdem die Eckwerte des Einkommenssteuertarifs verschoben, wodurch es zu einer Entlastung der Steuerzahler kommt.

Stephan Albani: Mit Westbalkanstaaten parlamentarisch reden



Sechs Staaten des westlichen Balkans wollen in die Europäische Union, doch die Hürden dafür sind hoch. Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro, Kosovo und Serbien wünschen sich bzw. führen schon Beitrittsverhandlungen. Die Hoffnung ist groß, denn eine EU-Integration könnte für Aufschwung und Frieden in der von bitterer Armut und schwelenden Konflikten geprägten Region sorgen. Doch auch die Sorge ist groß: Korruption, organisierte Kriminalität und gelegentliche Kriegsrhetorik sind klare Verstöße gegen die hohen Aufnahmekriterien der EU. Gleichzeitig muss man dies ins rechte Verhältnis setzen: Nach einem halben Jahrhundert sozialistischer Diktatur und einem blutigen Bürgerkriegsjahrzehnt gibt es demokrati-

sche Wahlen. Allen Skandalen und Problemen in den Regierungsspitzen zum Trotz - die Menschen hoffen auf die EU. Diese politische Aufbruchsstimmung durfte ich in der vergangenen Wahlperiode als Vorsitzender der Deutsch-Südosteuropäischen Parlamentariergruppe erleben. Einen wichtigen Austausch pflegten wir auch in dieser Woche. Auf Bitte des KAS-Vorsitzenden Prof. Lammert nahm ich an einer Westbalkan-Parlamentarierkonferenz in Wien teil. Österreich hat aus im doppelten Sinne des Wortes „naheliegenden“ Gründen die Fragen des Westbalkan zum zentralen Thema seiner Europäischen Ratspräsidentschaft gemacht. Und wir erlebten spannende und fordernde Diskussionen zugleich. Es war dabei nicht immer leicht, den Kollegen/innen aus den betroffenen Ländern die konsequente Position der CDU/CSU-Fraktion in Bezug auf die Beitrittsvoraussetzungen zu vermitteln. Aber vor dem Hintergrund des gescheiterten Referendums in Mazedonien und den Wahlen in Bosnien-Herzegowina ist es umso wichtiger hier nicht locker zu lassen und Einfluss zu nehmen. Denn wie bei einem Marathonlauf ist es erst im Ziel geschafft. Wir helfen den Weg zu bewältigen und wir können dabei unterstützen, ihn schneller zu schaffen: Aber er wird nicht verkürzt werden - da sind wir alle der EU-Gemeinschaft verpflichtet!

Personen & Positionen



Dr. Bernd Althusmann MdL und Dr. Mathias Middelberg MdB (v.l.) im Foyer der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund in Berlin

In dieser Woche besuchte der stellvertretende Niedersächsische Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende Bernd Althusmann, die Landesgruppe im Rahmen ihrer Sitzung am 8. Oktober 2018 in der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund in Berlin. In einem guten und offenen Gespräch tauschten sich die Abgeordneten mit dem Wirtschaftsminister über bundes- und landespolitische Themen aus.



Michael Grosse-Brömer MdB

In dieser Woche hat der die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Stellvertretenden Vorsitzenden für den Arbeitsbereich Haushalt, Finanzen und Kommunalpolitik sowie auf Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus die Parlamentarischen Geschäftsführer für die verbleibenden drei Jahre der Legislaturperiode gewählt. Der Geschäftsführende Fraktionsvorstand ist damit wieder vollständig besetzt. Zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wurde dabei Andreas Jung aus Baden-Württemberg gewählt. Michael Grosse-Brömer wurde im Amt des ersten parlamentarischen Geschäftsführers wiedergewählt. Die Landesgruppe Niedersachsen gratuliert herzlich!

Irak Mandat verlängern



Das aktuell laufende Mandat zur Beteiligung deutscher Streitkräfte

zur nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors und zur umfassenden Stabilisierung des Irak soll fortgesetzt werden. Bei der Mandatsverlängerung bleibt die deutsche Beteiligung unverändert: Maximal 800 Soldaten werden in der Region weiter im Einsatz sein. Verlängert wird der Einsatz jetzt für ein Jahr - bis zum 31.10.2019. Dazu war die Zustimmung des Bundestags nötig. Weiter unterstützt die Bundeswehr im Rahmen der internationalen Anti-IS-Koalition auch die Luftaufklärung in der Region. Die Beteiligung an Aufklärung und Luftbetankung läuft jedoch zum 31.10.2019 aus. Fortgesetzt wird dagegen die im Frühjahr dieses Jahres aufgenommene Ausbildungskomponente, die die spezialisierte militärische Ausbildung der irakischen Streit- und Sicherheitskräfte im gesamten Land ermöglicht, beispielsweise bei der medizinischen Versorgung oder der Beseitigung von Minen und Kampfmitteln.

Die Woche im Parlament

Gesetzentwurf für ein Familienentlastungsgesetz (19/4723).

Ziel des Familienentlastungsgesetzes der Bundesregierung ist die steuerliche Entlastungen für Familien. So sollen mit dem Gesetz die im Koalitionsvertrag vereinbarte Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrags umgesetzt werden. Zunächst soll in einem ersten Schritt zum 1. Juli 2019 das Kindergeld pro Kind um 10 Euro pro Monat erhöht werden. Auch der steuerliche Kinderfreibetrag steigt. Weiter werden Familien steuerlich entlastet, indem der Grundfreibetrag um 168 Euro und in 2020 um weitere 240 Euro angehoben wird. Diese Maßnahmen gelten Familien mit Kindern - insbesondere Steuerzahler mit unteren und mittleren Einkommen können so in einem Rahmen von insgesamt rund 9,8 Milliarden Euro entlastet werden.

Die Zukunft eines innovativen, qualitativ hochwertigen europäischen Bildungsraums“ (19/4846).

Mit dem von uns eingebrachten Antrag über die Entwicklung des Europäischen Bildungsraums fordern wir die Bundesregierung u.a. auf, den länderübergreifenden Austausch und die Mobilität innerhalb des Europäischen Hochschulraums zu stärken und sich für eine Erhöhung der Mittel für das Nachfolgeprogramm von „Erasmus+“ einzusetzen. „Erasmus+“ schafft weitreichende Möglichkeiten, die individuelle Mobilität der Studierenden und des Hochschulpersonals zu steigern sowie langfristige Hochschulpartnerschaften und -netzwerke zu knüpfen. Zugleich appellieren wir an die Länder, die von der EU-Kommission geplante Plattform für digitale Hochschulbildung zu unterstützen, ihre Hochschulen zur Beteiligung an der Plattform zu mobilisieren und die aktive Mitarbeit an der

Plattformgestaltung durch zusätzliche Finanzierung zu ermöglichen.

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung bewachungsrechtlicher Vorschriften (19/3829).

Der von der Bundesregierung eingebrachte Gesetzentwurf sieht u.a. vor, die Daten von Bewachungsunternehmen und deren Personal künftig in einem zentralen, elektronisch auswertbaren Register zu speichern. Über das zu schaffende Register soll die Regelabfrage bei der jeweiligen Landesbehörde für Verfassungsschutz, die ab dem 1. Januar 2019 bei der Zuverlässigkeitsüberprüfung von Bewachungsgewerbetreibenden und Wachpersonen mit besonders sicherheitsrelevanten Aufgaben vorgeschrieben ist, erfolgen. Die Errichtung des Registers fördert zudem die Digitalisierung der Verwaltung und leistet einen Beitrag zur Entbürokratisierung. Weil außerdem klar bundesweit geregelt ist, wer per Definition zum „Wachpersonal“ gehört und wer für die Prüfung der Zuverlässigkeit von Wachpersonen zuständig ist, werden Mehrfachüberprüfungen überflüssig.

Entwurf für ein „Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungs- und –Stabilisierungsgesetz“ (19/4668).

In 1. Lesung haben wir diesen Gesetzentwurf beraten, mit dem das Rentenniveau bis 2025 bei mindestens 48 Prozent und der Beitragssatz bei höchstens 20 Prozent festgeschrieben werden soll.

Daten und Fakten

Inlandstourismus mehr Übernachtungen im August 2018

Im August 2018 gab es in den Beherbergungsbetrieben in Deutschland 56,0 Mio. Übernachtungen in- und ausländischer Gäste. Dies ist ein Plus von 3 % gegenüber August 2017. Die Übernachtungszahl von Gästen aus dem Ausland stieg um 5 % auf 10,6 Mio. Übernachtungen. Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Inland erhöhte sich um 3 % auf 45,4 Millionen. Im Zeitraum Januar bis August 2018 stieg die Zahl der Gästeübernachtungen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 4 % auf 326,0 Mio. Davon entfielen 59,9 Mio. Übernachtungen auf Gäste aus dem Ausland und 266,1 Mio. auf inländische Gäste (jeweils +4 %).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:

Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de

Internet: www.lg-nds.de

Bildnachweis:

Foto Header: Tobias Koch

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.